

A portrait of Bärbel Bas, a woman with blonde hair, wearing a dark blue quilted jacket over a light pink shirt. She is smiling and looking towards the camera. The background is a blurred indoor setting.

BASis Info 1/2020

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

Foto: photothek

Liebe Leserin, lieber Leser,

man spricht ja oft von der Ruhe vor dem Sturm. Das neue Jahr hat in Berlin ruhig begonnen. Ich erwarte aber dennoch nicht, dass ein Sturm aufzieht. Im Gegenteil: Nach den Aufregungen des letzten Jahres ist es für mich ein gutes Zeichen, dass bisher die Sacharbeit im Vordergrund der Debatten steht.

Dies ist auch notwendig: Die 20er-Jahre werden ein Jahrzehnt des Wandels: des Strukturwandels, des gesellschaftlichen Wandels, des digitalen Wandels, des Wandels in der Arbeitswelt und auch des Klimawandels. Es gibt viele Baustellen, aber nicht die eine Stellschraube. Wir werden an vielen kleinen Rädchen drehen müssen.

An einem haben wir diese Woche im Koalitionsausschuss gedreht: Der Einsatz von Kurzarbeitergeld soll einfacher auf 24 Monate verlängert werden können, wenn während der Kurzarbeit eine berufliche Weiterbildung erfolgt. Unter dieser Bedingung können auch Sozialversicherungsbeiträge zu Hälfte vom Bund übernommen werden. Das ist für die Betroffenen eine gute Nachricht.

Wir brauchen eine bessere Entlohnung der Be-

schäftigten in der Pflege. Dazu brauchen wir einen Branchentarifvertrag, der dann für allgemeinverbindlich erklärt werden kann. Die Tarifpartner sind in der Verantwortung, ihre laufenden Verhandlungen endlich erfolgreich abzuschließen.

Der Vorschlag den jetzt die Pflegekommission gemacht hat, kann nur ein Notnagel sein: Die Kommission empfiehlt, die Mindestlöhne für Pflegehilfskräfte auf 12,55 Euro pro Stunde und für Pflegefachkräfte auf 15,40 Euro anzuheben. Das wäre für einige in der Pflege mehr als jetzt. Angesichts dessen, was z. B. ein Facharbeiter in der Industrie verdient, wäre es aber immer noch viel zu wenig.

Wichtig für viele Menschen wird auch die Grundrente werden. Es gibt noch offene Detailfragen, die werden geklärt, das ist der normale Weg im Gesetzgebungsverfahren. Einige scheinen nun an Details die Grundrente an sich in Frage zu stellen. Die Kanzlerin hat letzte Woche die Quertreiber in ihren Reihen zurückgewiesen. Sie weiß, ohne die Grundrente wird die jetzige Ruhe doch nur die Ruhe vor dem Sturm sein. Unsere Botschaft ist klar: Die Grundrente kommt.

Herzliche Grüße
Bärbel Bas



Coronavirus

In der vergangenen Woche hat das Coronavirus Deutschland erreicht. Durch eine chinesische Mitarbeiterin eines deutschen Unternehmens wurde das Virus an deutsche Kollegen übertragen.

Auch nachdem die ersten Infektionen mit dem Coronavirus in Deutschland bestätigt wurden, besteht kein Grund zur Panik. Das deutsche Gesundheitssystem ist gut vorbereitet. Als Reaktion auf frühere Krankheitsausbrüche von SARS und Ebola wurden Krankheitswarn- und Meldesysteme sowie Pandemiepläne entwickelt. Das Robert-Koch-Institut (RKI) koordiniert die Maßnahmen in Deutschland. Die Politik stimmt Maßnahmen eng mit dem RKI ab. Das RKI empfiehlt zum Schutz vor dem Coronavirus – vergleichbar den Maßnahmen zum Gripeschutz – vor allem gute Handhygiene, Husten- und Nies-Etikette sowie Abstand zu Erkrankten zu halten. Außerdem rät das Auswärtige Amt von Reisen in die Provinz Hubei und die Provinzhauptstadt Wuhan ab.

Was wissen wir derzeit über das Coronavirus?

Nach unserem jetzigen Wissensstand handelt es sich beim Coronavirus um eine Mutation des SARS-Virus. Experten gehen derzeit aber von einem milderen Krankheitsverlauf als bei SARS aus.

Die Symptome einer Infektion mit dem Coronavirus können denen einer Grippe ähneln. Die Symptome der Erkrankten waren zumeist mild. Die Übertragung von Mensch zu Mensch ist möglich. Fachleute gehen im Moment davon aus, dass das Coronavirus weniger ansteckend ist, als die bei uns übliche Grippe. Eine Impfung ist im Moment nicht verfügbar, derzeit werden nur die Symptome behandelt.

Ähnlich wie bei einer gewöhnlichen Grippe kann eine Vorerkrankung zu einem schlimmeren Verlauf führen. Dies war bei den in China am Coronavirus Verstorbenen der Fall.

Was unternehmen wir zum Schutz vor dem Virus?

Wichtig ist es, bei Verdachtsfällen schnell auf das Coronavirus zu testen. Ein Schnelltest steht den Laboren der Unikliniken zur Verfügung, u. a. in Essen. Ärzte können bei Verdachtsfällen Rachenabstriche nehmen und dort untersuchen lassen. Das Bundesgesundheitsministerium empfiehlt, den Test bereits bevor Symptome aufgetreten sind zu machen, wenn man in betroffenen Regionen war oder Kontakt zu einer nachgewiesenen infizierten Person hatte. Es ist besser, es wird jemand zu viel getestet, als dass eine Infektion unerkannt bleibt.

Um eine Ausbreitung in Deutschland zu vermeiden, hat das Bundesgesundheitsministerium weitere Maßnahmen erlassen. Piloten von Flügen aus China müssen seit vergangenen Mittwoch bei einer Landung in Deutschland den Tower über den Gesundheitszustand ihrer Passagiere informieren. Reisende werden verpflichtet, Formulare zu ihrem Gesundheitszustand auszufüllen. Zudem müssen sie angeben, wo und wie sie in den kommenden 30 Tagen zu erreichen sind. Fluggesellschaften sollen Behörden über die Sitzplätze der Passagiere informieren, damit nachvollziehbar ist, wer im Fall einer Coronavirus-Infektion noch angesteckt sein könnte. Krankenhäuser müssen zudem nicht nur - wie bisher - bestätigte Fälle, sondern bereits Verdachtsfälle an das RKI melden. Damit bekommt das RKI einen guten Überblick und kann umgehend aktiv werden, wenn weitere Maßnahmen nötig werden.



DGB und SPD-Abgeordnete im engen Dialog

Die Ruhr-MdBs haben sich am 7. Januar im Gewerkschaftshaus Essen mit hauptamtlichen DGB-Gewerkschafter*innen aus dem Ruhrgebiet getroffen und über viele aktuelle Themen gesprochen - von den Kommunal финанzen, über den Kohleausstieg bis hin zur Sozialpolitik, der Tarifbindung und der Arbeitslosigkeit.

Dieser Austausch fand zum ersten Mal in dieser Form statt. Der enge Kontakt zum DGB als Vertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist uns wichtig. Wir wollen daher dieses Gesprächsformat verstetigen und uns bereits im Sommer wieder treffen.



Krebsberatung Duisburg

Eine Krebsdiagnose ist ein Schock für die Betroffenen und deren Angehörige. Beratung und Unterstützung bietet in einer solchen Situation die Krebsberatung in Duisburg. Sie unterstützt bei der Bewältigung krankheitsbedingter Probleme und Krisen und vermittelt Kontakte zu Selbsthilfegruppen und anderen Ansprechpartnern. Die Krebsberatung in Duisburg erreichen Sie unter 0203 94166244 oder unter <https://www.krebsberatung-in-duisburg.de/>

Leider ist die Finanzierung der Krebsberatung nicht langfristig gesichert. Die Expertengruppe „Qualitätssicherung und Finanzierungsmodelle für

ambulante psychosoziale Krebsberatungsstellen“ hat sich dafür ausgesprochen, eine stabile und nachhaltig gesicherte Finanzierung der etablierten ambulanten psychosozialen Krebsberatungsstellen zu schaffen und bundesweit einheitliche Qualitätsstandards festzulegen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat mir zugesichert, diese Empfehlung zu unterstützen. Wie diese Empfehlung umgesetzt wird, ist aber noch offen.

Bei einem Besuch in der Krebsberatung habe ich meine Unterstützung zugesichert. Ich halte die Krebsberatung für notwendig, sie muss langfristig gesichert werden.



Mein Tagebuch

Letzten Sommer hat mein Kollege Karamba Diaby in Duisburg aus seinem Buch "Mit Karamba in den Bundestag" vorgelesen. Er berichtete von ansteigendem Alltagsrassismus und von immer mehr offener Feindseligkeit im politischen Diskurs. Im Bundestag ist Karamba für seine herzliche, sympathische und offene Art und seinen wunderbaren Humor geschätzt.

Es hat uns alle im Bundestag betroffen gemacht, als wir erfuhren, dass auf Karambas Wahlreisbüro drei Schüsse abgefeuert wurden. Ein paar Tage später hat Karamba auch per Post eine Morddrohung bekommen.

Leider ist Karamba kein Einzelfall. Immer wieder berichten Kolleginnen und Kollegen von Drohungen. Bürgermeister ziehen sich wegen solcher Drohungen bereits aus der Politik zurück.

Streit in der Sache gehört zur Politik, keine Frage. Das, was wir aber zurzeit erleben müssen, das hat mit politischem Streit nichts mehr zu tun. Das ist ein Angriff auf die einzelnen Politikerinnen und Politiker, das ist ein Angriff auf die Demokratie und nicht zuletzt ist eine solche Drohung auch ganz klar eine Straftat.

Gefreut habe ich mich zu beobachten, wie viele Kolleginnen und Kollegen fast aller Fraktionen danach im Plenarsaal auf Karamba zugegangen sind und ihre Solidarität erklärt haben. Das war für mich ein wichtiges Zeichen gegen den Hass.

Bis zum nächsten Mal,
ich freu mich drauf!

Aus meinem Kalender

4. Februar 2020

BASis-Tag in der Malteser Apotheke zu Lieferengpässen bei Arzneimitteln

5. Februar 2020

Gespräch mit der AG Gesundheit der SPD-Fraktion im Landtag

8. Februar 2020

Landesparteirat

9. und 10. Februar 2020

Klausur des SPD-Parteivorstandes

15. Februar 2020

Klausurtagung des Netzwerks Organspende NRW

18. Februar 2020

Veranstaltung zur Pflege in Traunstein auf Einladung meiner Kollegin Bärbel Kofler

Impressum und Kontakt

V.i.S.d.P.:

Bärbel Bas, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75607, Fax: 030/227-76607

baerbel.bas@bundestag.de, www.baerbelbas.de

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier: <https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html>.

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr bekommen möchten, können Sie sich hier jederzeit abmelden:

<https://www.baerbelbas.de/medien/newsletter-abo.html>

Neues zum Schluss